

Anfrage - Nr. StVV - AF 22/2023 (§ 38 GOSTVV)		
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 13.09.2023		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Gesundheitsfachkräfte in Bremerhaven (Bündnis 90 / Die Grünen)

Im Rahmen einer Vorlage für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 28.03.2023 wurde seitens des Gesundheitsamtes dargelegt, dass derzeit Gesundheitsfachkräfte in verschiedenen Projekten in Bremerhaven tätig sind und sowohl in der Verwaltung als auch in der Kommunalpolitik Informationsbedarf hinsichtlich ihrer Tätigkeiten besteht. Hierbei handelt es sich um folgende Projekte.

- Gesundheitsfachkräfte an Schulen
- Gesundheitsfachkräfte im Quartier
- Regionale Fachkräfte für psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen (ReFaps)

Weiter wurde im Rahmen der Vorlage beschrieben, dass die Gesundheitsfachkraft der Astrid-Lindgren-Schule und der Lutherschule befristet bis Ende 2023 beim Gesundheitsamt Bremen angestellt ist. Darum plädierte die Vorlage dafür, bei der Haushaltsaufstellung im Land Bremen auf eine dauerhafte Finanzierung durch die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz hinzuwirken sowie die institutionelle Zuordnung zu klären.

Im Jahr 2021 wurde das Landesprogramm Gesundheitsfachkräfte im Quartier etabliert und bislang bis Ende 2024 verlängert. Bei den Gesundheitsfachkräften an Schulen gebe es, laut Vorlage, keine inhaltliche oder steuernde Tätigkeit des Magistrats und auch bei den Gesundheitsfachkräften im Quartier gebe es keine verantwortliche strukturelle Einbindung des Magistrats.

Im Rahmen eines Termines am 12.04.2023 in Bremerhaven mit Gesundheitsämtern Bremen und Bremerhaven, der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz sowie der Landesvereinigung für Gesundheit sollte die Frage der Zuständigkeit, Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten geklärt werden.

Wir fragen den Magistrat

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur dauerhaften Finanzierung der Gesundheitsfachkraft an den Schulen Astrid-Lindgren, Lutherschule?
2. Welche Ergebnisse hatten die oben genannten am 12.04.2023 geführten Gespräche zu Zuständigkeiten, Rollenverteilung und Verantwortlichkeiten bei den Gesundheitsfachkräften (Quartier und Schule)?
3. Wie bewertet der Magistrat diese Ergebnisse?

4. Laut Bremer Koalitionsvertrag soll das Präventionsfachkräfteprojekt an Grundschulen verstetigt und ausgeweitet werden. Bezieht sich diese Verstetigung und Erweiterung als ein Landesprogramm auf beide Kommunen oder nur auf die Stadtgemeinde Bremen?

Elena Schiller, Bettina Zeeb, Petra Coordes
und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN